

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 90 (2010)
Heft: 976

Rubrik: Gedankensplitter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedankensplitter

über einige merkwürdige Entwicklungen, von René Scheu

1 Der Diskurs über die Steuergerechtigkeit I

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble begründet den Kauf einer CD mit Daten angeblicher Steuerbeiträge wie folgt: «Hätte ich jetzt anders entschieden, hätte ich auch unser rechtlich widerspruchsfreies Vorgehen vor zwei Jahren in Zweifel gezogen.» Was heisst «rechtlich widerspruchsfrei»? Dass, soweit bekannt, die deutsche Regierung für den Kauf der ebenfalls gestohlenen Liechtensteiner Daten noch nicht verklagt worden ist. Aber was sagt er da eigentlich genau? Dass aus Gründen der Konsequenz

einem Fehler zwangsläufig weitere Fehler nachgeschoben werden müssen. Wer einmal auf die schiefe Bahn geraten ist, rutscht unausweichlich immer weiter nach unten. Damit dürfte er zweifellos recht haben – wenn einem Mut und Kraft fehlen. Und das gilt nicht nur für den Rechts-, sondern auch für den Schuldenstaat. Er macht solange weiter Schulden, bis ihm niemand mehr Geld leiht; dann druckt er selber weiter Geld, bis es niemand mehr annimmt. Und dann?

2 Der Diskurs über die Steuergerechtigkeit II

Schäuble sagt weiter: «Im Ernst, mir geht es darum, dass Menschen in Deutschland das Gefühl haben, dass es trotz allen gesellschaftlichen Spaltungen fair zugeht.» Es geht also nicht um Recht, sondern darum, den Menschen ein «Gefühl» von «Fairness» zu vermitteln. Wie recht er hat! Denn

wenn den deutschen Steuerzahlern 50 Prozent und mehr ihres Einkommens weggenommen wird, ist es unfair, wenn einige, denen dies unfair vorkommt, sich dagegen sträuben. Fairness verlangt gleich schlechte Behandlung für alle – nur schon aus Gefühlsgründen!

3 Der deutsche Sozialstaat

Das deutsche Verfassungsgericht hat entschieden, dass die Sozialhilfepolitik (Hartz IV) gescheitert ist. Sie sei willkürlich, menschenunwürdig. Die staatlichen Transferzahlungen sind nicht mehr durchschaubar; jeder zahlt, und jeder profitiert auch – irgendwie. Hier liegt das Problem. Der Sozial- und Vorsorgestaat, einst konzipiert, um den Bedürf-

tigen und Alten zu helfen, führt sich durch undurchsichtige und willkürliche Geldflüsse *ad absurdum*. Die Mainstreampolitik folgt daraus: Gerechtigkeit muss her! Also rauf mit den Sozialleistungen. Wenn alle höhere Transferzahlungen erhalten, ist das nur gerecht. Lohnt es sich da noch zu arbeiten?

4 Griechische Szenarien

Die Finanzprobleme Griechenlands offenbaren einen Geburtsfehler der Währungsunion, den seriöse Ökonomen seit Anbeginn angeprangert haben: eine transnationale Währung einerseits und unterschiedliche Formen nationaler Budgetpolitik andererseits. Die Deutschen, damals noch bekannt für ihre Disziplin und ihr stabilitätsbewusstes Wirtschaften, stimmten der Währungsunion zu, um die politische Union voranzutreiben. Und die ärmeren Länder wollten mit von der Partie sein, wegen der erwarteten Vorteile vom voraussichtlich starken Euro. Und jetzt hat man «plötzlich» ein Problem. Griechenland hat sich lange vom starken Euro tragen lassen und zu günstige Kredite aufgenommen, d.h. es hat sich

faktisch im Windschatten Deutschlands und der stärkeren EU-Länder in unglaublichem Masse verschuldet. Was nun? Eigentlich gibt es nur drei Möglichkeiten, die vierte – ein radikales griechisches Sparprogramm – ist illusorisch. Variante eins: Griechenland aus der Währungsunion auszuschliessen (mit unabsehbaren Folgen, da die Griechen die Euros nicht freiwillig zurückgeben dürften); Variante zwei: Griechenland bankrott gehen zu lassen (mit unabsehbaren Folgen für den Wert des Euros); Variante drei: Griechenland unter die Arme zu greifen (mit unabsehbaren Folgen, da dies auch Begehrlichkeiten bei Spaniern, Portugiesen und anderen wecken dürfte – Fairness lässt grüssen). Für Spannung ist gesorgt.